

Die Stadt gehört uns!

Bürgerbündnis gegen Privatisierung fordert Stop der Privatisierung Öffentlichen Eigentums in Frankfurt!

CDU, Grüne und FDP planen eine Senkung der Gewerbesteuer, die ein Loch von mindestens 50 Millionen Euro in die Stadtkasse reißen wird. Damit werden die weitere Verarmung unserer Stadt, der Verkauf öffentlichen Eigentums und noch mehr Privatisierungen von öffentlichen Aufgaben in Kauf genommen.

Privatisiert wurden bereits:

- Städtische Bühnen
- Verkehrsbetriebe
- Energieversorgung
- Hafengebiete
- Städtische Küchenbetriebe
- Bäderbetriebe usw.

Darüber hinaus wurde u. a. beim Bildungszentrum Ostend eine Öffentlich-Private-Partnerschaft eingegangen, die – als bundesweites Vorzeigeprojekt gestartet – sich mittlerweile als Desaster auf Kosten der Schulgemeinden erweist. Das Drake-Areal soll als Gelände für eine Privatschule erhalten.

Diejenigen, die von den Privatisierungen profitiert haben, sind ausschließlich private Investoren und die neuen Geschäftsführer. Wir Bürger haben die negativen Folgen zu tragen, d. h. ständige Einschränkung der Dienstleistungen, Qualitätsverschlechterungen und Preissteigerungen.

Der nächste Angriff wird voraussichtlich die **Städtischen Kliniken Frankfurt-Höchst** treffen, deren Umwandlung in eine gGmbH die Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2006 auf Initiative der Viererkoalition aus CDU, SPD, Grüne und FDP schon beschlossen hat. **Und es ist damit zu rechnen, dass die Privatisierung des Krankenhauses mit der neuen Mehrheit von CDU, Grünen und FDP fortgesetzt wird.**

Das bedeutet, wirtschaftliche Interessen haben den Vorrang vor einer bedarfsgerechten Versorgung der Patienten, und die Qualität von Behandlung und Pflege wird deutlich schlechter durch Sparmaßnahmen und Personalabbau.

Wehren wir uns gemeinsam gegen den Ausverkauf vom Eigentum der Bürger!

Wir sind etwa 30 Frankfurterinnen und Frankfurter aus Gewerkschaften, attac, Personalrat und ver.di-Vertrauensleute Städtische Klinik Höchst, SPD, Linkspartei, WASG und dem Bürgerverein Griesheim, die sich auf einem Treffen am 3. April 2006 dafür entschieden haben, unter dem Namen "Bürgerbündnis gegen Privatisierung" gemeinsam gegen Privatisierung in Frankfurt vorzugehen.

Aber wir müssen noch viel mehr werden.

Deshalb laden wir öffentlich ein zum nächsten **Treffen der Initiative am 8. Mai 2006 um 18.00 Uhr, im Büro der GEW, Bleichstraße 38a** und zum **Stadtrundgang "Tatort Privatisierung" am 19. Mai 2006 um 17.00 Uhr, Treffpunkt: Willy-Brandt-Platz vor der Europäischen Zentralbank.**

Kontakt: Angelika Wahl
rech-wahl@onlinehome.de

Margarete Wiemer
margaretewiemer@t-online.de